

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidemarie Ehlert, Dr. Uwe-Jens Rössel und der Fraktion der PDS

– Drucksache 14/1109 –

Umzug des Umweltbundesamtes von Berlin nach Dessau

Die Überlegungen des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, das Umweltbundesamt in Berlin zu belassen, was dem Umzugsgesetz widersprechen würde, hätten für die Region Dessau/Anhalt eine verheerende Wirkung.

Die Ansiedlung des Umweltbundesamtes in Dessau ist für die Region, in der die Industrie nach der Wende fast vollständig zusammengebrochen ist und die Arbeitslosigkeit rund 24 Prozent beträgt, eine wichtige Chance für die Wiederbelebung der Industrie- und Kulturregion Dessau.

1. Entspricht es der Auffassung der Bundesregierung, daß ein Stopp des Umzugs des Umweltbundesamtes von Berlin nach Dessau die vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geforderte Einsparung von Mittel in Höhe von 7,5 % erbringt?
2. Welche wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen hat ein Stopp des Umzugs für die Region Dessau und darüber hinausgehend für die neuen Bundesländer?

Die Bundesregierung beabsichtigt keinen Stopp für den Umzug des Umweltbundesamtes von Berlin nach Dessau. Sie beabsichtigt, unter der Maßgabe des vom Deutschen Bundestag zu beschließenden Haushalts, diesen zeitgerecht umzusetzen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 10. Juni 1999 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.